



KANTON  
APPENZELL INNERRHODEN

## Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei  
Marktgasse 2  
9050 Appenzell  
Telefon +41 71 788 93 25  
Telefax +41 71 788 93 39  
karin.rusch@rk.ai.ch  
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Bundesamt für Energie  
Sektion BP  
3003 Bern

	z. K.	Federf.	MitInt.	Sektion
DIR				
BWO				Sachb.
KOM				
BFE				Termin
OFEN				
UFE				Kopie
AEE				Akten-Nr.
AEW				
ARS				
ELC				Erledigt

Appenzell, 31. Januar 2013

## Energiestrategie 2050 Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 28. September 2012, mit welchem Sie um Stellungnahme zur Energiestrategie 2050 bis 31. Januar 2013 ersuchen.

In der Beilage finden Sie den ausgefüllten Fragenbogen. Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme, bitten Sie um Berücksichtigung der Vorschläge und grüssen Sie, sehr geehrte Damen und Herren, freundlich.

## Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:

  
Markus Dörig

## Zur Kenntnis an:

Bau- und Umweltdepartement, Gaiserstrasse 8, 9050 Appenzell  
Ständerat Ivo Bischofberger, Ackerweg 4, 9413 Oberegg  
Nationalrat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell

# Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage der Energiestrategie 2050

Antwortende Organisation: Kanton Appenzell Innerrhoden

## Inhalt

<b>Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage der Energiestrategie 2050.....</b>	<b>1</b>
<b>Allgemeine Fragen.....</b>	<b>2</b>
<b>Kernenergiegesetz.....</b>	<b>4</b>
<b>Zweck, Ziele, Grundsätze Energiegesetz.....</b>	<b>4</b>
<b>Energieeffizienz.....</b>	<b>4</b>
<b>Gebäude.....</b>	<b>4</b>
<b>Mobilität.....</b>	<b>6</b>
<b>Energieversorgungsunternehmen und Unternehmen der Energiewirtschaft.....</b>	<b>6</b>
<b>Industrie und Dienstleistungen.....</b>	<b>7</b>
<b>Erneuerbare Energien.....</b>	<b>8</b>
<b>Anschlussbedingungen und Abnahme- und Vergütungspflicht.....</b>	<b>9</b>
<b>Einspeisevergütungssystem.....</b>	<b>9</b>
<b>Einmaliger Beitrag für kleine Photovoltaik-Anlagen.....</b>	<b>10</b>
<b>Netzzuschlag.....</b>	<b>11</b>
<b>Fossile Kraftwerke.....</b>	<b>11</b>
<b>Netze.....</b>	<b>12</b>

*Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen: Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.*

## Allgemeine Fragen

1. Sind Sie insgesamt mit der Vernehmlassungsvorlage zur Energiestrategie 2050 einverstanden?

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

### Bemerkungen:

Mit der Energiestrategie 2050 soll ein völlig neuer Weg in der Energiewirtschaft beschritten werden. Es ist geplant, einerseits das Potenzial an erneuerbaren Energien zu erschliessen. Dies wird ohne Zweifel Folgen für die Netzwirtschaft haben und den Bedarf an neuen Technologien erhöhen (Messen-Steuern-Regeln, Speichern etc.). Gleichzeitig wird diese Vorgehensweise neue Geschäftsfelder für Dritte wie auch die Energiewirtschaft selber eröffnen, aber auch bestehende Geschäftsfelder in der Elektrizitätswirtschaft wie auch in anderen Branchen bedrohen. Die Energiestrategie 2050 geht andererseits davon aus, dass aus Gründen der Versorgungssicherheit, des Klimaschutzes und der Auslandabhängigkeit eine rigorose Sparpolitik im Energiebereich realisiert werden muss. Dies ist letztlich nichts weiter als ein Paradigmenwechsel, bei welchem eine zusätzliche Nachfrage an Energie in der Schweiz nicht durch ein zusätzliches Angebot, sondern durch eine Einsparung andernorts gedeckt werden muss. Es wird sich weisen, ob eine solche Politik bei einer gleichzeitigen Forderung nach einer liberalisierten Energieversorgung und einem geöffneten europäischen Markt überhaupt verfolgt werden kann.

Die Berichte zur Energiestrategie 2050 halten fest, dass das nachhaltig nutzbare Potenzial an erneuerbaren Energien in der Schweiz eine gewisse Grösse nicht überschreiten wird. Wenn auch diese Grenze mit gewissen Unsicherheiten nach oben wie nach unten versehen ist, so muss doch festgestellt werden, dass es eben Grenzen gibt, die heute nicht alle direkt erkannt werden können. Einzig das aus heutiger Sicht eher geringe noch zu erwartende Potenzial im Bereich Wasserkraft lässt uns zurzeit erleben, welche Grenzen dereinst bei anderen Energiepotenzialen (Wind, PV, Geothermie etc.) vorhanden sein werden.

Die Energiestrategie 2050 zielt daraufhin ab, dass im Jahre 2050 die Eigenerzeugung und der Verbrauch sich etwa die Waage halten. Bis dahin wird während Jahrzehnten aber ein Import in der Form von fossiler Energie (v.a. Gas) oder Elektrizität (aus erneuerbaren Quellen oder aus fossilen Energieformen produziert) notwendig sein. Die Zukunft wird zeigen, ob die dannzumaligen Verantwortlichen Importe, die sie während Jahrzehnten gemacht haben und welche sich gleichzeitig von Jahr zu Jahr idealerweise verringern, als etwas so Bedrohliches miterleben, dass sie eine rigorose Effizienz- und Suffizienzpolitik aus Versorgungssicherheitsgründen oder aus Gründen der Minimierung der Auslandabhängigkeit dauerhaft stützen werden. Hierbei sind mindestens gewisse Bedenken angebracht. Das gewählte Vorgehen und das resultierende Massnahmenpaket - welche zum Ziel haben, die erneuerbaren Energien zu fördern und deren Hemmnisse abzubauen, an den CO<sub>2</sub>-Zielen festzuhalten und gleichzeitig Effizienzziele zu statuieren und zu realisieren - sind aber trotz der Bedenken ein Schritt in die richtige Richtung, wenn auch bei Teilen dieses Massnahmenpaket eine skeptische bis ablehnende Haltung angebracht ist.

### Einspeisevergütungssystem:

Die KEV wurde 2007 eingeführt mit dem Ziel, im Zeitraum bis 2030 5.4 TWh an neuen erneuerbaren Energien über einen Netzzuschlag zu finanzieren. Ursprünglich sollten hierfür gemäss den Berechnungen 0.6 Rp./kWh ausreichen. Im Januar 2013 waren etwa 4.0 TWh in Betrieb, verfügten über eine KEV-Zusage oder machten Projektfortschritte, weitere 5.5 TWh waren auf der Warteliste. Das angedachte System liegt heute nicht nur bezüglich erzeugter Energie, sondern auch bezüglich Kosten bereits deutlich über den gesetzten Zielen. Die KEV brachte bezüglich Energie eine massive Wirkung. Die Kehrseite dieser Medaille sind die Kosten. Es wird deutlich, dass dieselbe Gefahr wie in Deutschland besteht. Es werden hohe Anteile der produzierten Energiemengen über Subventionen finanziert. Je mehr und länger dieses Modell wächst, desto schwieriger wird es, Korrekturen zu machen. Es stellt sich daher die Frage, ob ein Modell, welches angedacht war, 10% der Energiemenge zu unterstützen, auch taugt, um 50% oder noch höhere Anteile zu finanzieren. Die Frage kann nicht direkt beantwortet werden, sie sollte hingegen angegangen werden. Es wird im Bericht angetönt, dass ab 2020 eine umfassende Lenkungsabgabe an Stelle der KEV treten könnte. Der Lösungsfächer sollte aber erweitert werden, und es sollten ab sofort weitere Alternativen erarbeitet und geprüft werden.

Soweit sich aus diesem Fragebogen nicht eine andere Haltung ergibt, wird die Stellungnahme der KdK explizit unterstützt.

2. Sind Sie mit dem etappierten Vorgehen der Energiestrategie 2050 einverstanden (zweite Etappe gemäss Ziffer 1.4 im erläuternden Bericht)?

*Erläuternder Bericht: 1.3 (erstes Massnahmenpaket), 1.4 (zweite Etappe)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

#### Bemerkungen:

Die Teilung der Massnahmen ist ein Erfordernis, damit die erneuerbaren Energien ausgebaut werden und die Energieverteilung auf eine möglichst nachhaltige Basis gestellt werden können. Eine Strategie muss den Weg zum Ziel aufzeigen. Es stellt sich aus heutiger Sicht die Frage, ob ein konsequentes Energiereduktionsziel oder ein CO<sub>2</sub>-Minderungsziel sich in Zukunft als richtig erweist. Da die Massnahmen zum Erreichen eines der beiden genannten Ziele zu Beginn des Weges ähnlich sind, ist es sicher richtig, die Massnahmen auf je überschaubare Fristen aufzuteilen, damit Korrekturen auch wieder möglich sein werden. Gleichzeitig bedeutet die Energiestrategie 2050 eine so grosse Änderung in unserer Energiewirtschaft, dass eine Etappierung nachgerade eine Notwendigkeit darstellt.

3. Sind Sie damit einverstanden, den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie mit dem vorliegenden Massnahmenpaket zu verknüpfen?

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

#### Bemerkungen:

## Kernenergiegesetz

4. Sind Sie damit einverstanden, dass Rahmenbewilligungen für die Erstellung neuer Kernkraftwerke nicht mehr erteilt werden dürfen?

*Kernenergiegesetz, Art. 12 Abs. 4 (neu)*

*Erläuternder Bericht: 1.2 sowie 2.2.6*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

## Zweck, Ziele, Grundsätze Energiegesetz

5. Sind Sie damit einverstanden, dass Ausbauziele für die Produktion von Elektrizität aus erneuerbaren Energien sowie Verbrauchsziele gesetzlich festgelegt werden?

*EnG Art. 2 und 4, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: Gesamt sowie insbesondere 1.2, 1.3, 1.6, 2.1 (1. Kapitel)*

☒ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

**Ausbauziele: Ja.** Der Aufbau der Nutzung von erneuerbaren Energien ist eine Daueraufgabe. Sie muss sich an Nachhaltigkeitszielen orientieren. Der Bund geht davon aus, dass je Sparte maximal gewisse Energiemengen nachhaltig erzeugt werden können (total 24.2 TWh). Diese Zahlen müssen aber auch im Spiegel der Zeit gesehen werden. Nachhaltigkeit als Einheit aus ökonomischen, ökologischen und sozialen Zielen muss auch im Kontext der jeweiligen Jahre beurteilt werden. Es muss eine Daueraufgabe entstehen, welche damit auf der politischen Traktandenliste bleibt.

**Verbrauchsziele: nein.** Die Effizienz kann sich nicht am gesamten Landesverbrauch messen. Eine Fixierung des Verbrauchs im ganzen Land (Art.4 Abs. 2) berücksichtigt die Realitäten in Bezug auf Migration oder ökonomische Entwicklung nicht. Sie schränkt die notwendigen Freiheitsgrade bei anderen Zielen der Schweiz zu sehr ein. Falls überhaupt ein Ziel gesetzt werden soll, müsste dies pro Bewohner definiert werden.

## Energieeffizienz

### Gebäude

6. Sind Sie mit der vorgesehenen Erhöhung der Gesamtmittel von Bund und Kantonen zur Verstärkung des Gebäudeprogramms ab 2015 auf maximal 600 Millionen Franken pro Jahr einverstanden?

*CO<sub>2</sub>-Gesetz, Änderungen Art. 29 und Art. 34*

*Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude) sowie 2.2.2*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Das CO<sub>2</sub>-Vermeidungsziel ist sehr ambitioniert. Eine Verdoppelung der Gelder hilft zwar, diese Ziele zu erreichen, es muss aber auch von hohen und steigenden Mitnahmeeffekten ausgegangen werden.

Die bisherigen Erfahrungen mit dem Gebäudesanierungsprogramm sind an sich sehr gut, sie zeigen aber auch, dass es schwierig ist, die geforderten Mittel über eine längere Zeit bereitzustellen. Dieser hohe Finanzbedarf ist auch ein Zeichen dafür, dass Mitnahmeeffekte bestehen, und diese sind grundsätzlich zu minimieren.

**Förderungsausbau Gebäudehülle:** Die Förderung von Gesamtsanierungen ist sicher zu bevorzugen, weil mit ähnlichem Mitteleinsatz im Ganzen mehr Wirkung bezüglich CO<sub>2</sub> zu erwarten ist. Ob damit eine Pflicht für eine Beratung mit GEAkplus verbunden sein soll, wird angesichts des zu erwartenden Zusatznutzens eher negativ beurteilt. Eine Gesamtsanierung ist per se mit hohem Beratungs- und Dienstleistungsaufwand verbunden.

Die Erhöhung der Schwellenwerte im bestehenden Gebäudeprogramm hat auch gezeigt, dass der Finanzbedarf sich dadurch nicht wesentlich ändert. Unter diesen Vorzeichen und auch unter volkswirtschaftlichen Aspekten ist auch fraglich, ob eine Erhöhung der Sanierungsrate ohne wesentliche Steigerung der Mitnahmeeffekte möglich ist.

**Förderung stromsenkender Massnahmen und Stromproduktion im Gebäudebereich:** Der Nachweis solcher Massnahmen ist schon deshalb schwierig, weil das Nutzerverhalten einen entscheidenden Einfluss auf den Verbrauch hat. Zur zusätzlichen Förderung der Stromproduktion muss beachtet werden, dass damit keine Zusatzförderung zur KEV geschieht.

Besonders energieeffiziente Ersatzneubauten, Ersatz von ortsfesten elektrischen Widerstandsheizungen: diese Massnahmen werden unterstützt.

7. Welche Variante bevorzugen Sie bei der Änderung der gesetzlichen Grundlage für die Verwendung des Ertrags aus der CO<sub>2</sub>-Abgabe für den Gebäudebereich?

*CO<sub>2</sub>-Gesetz, Änderungen Art. 29 und Art. 34*

*Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude) sowie 2.2.2*

- ☐ Variante 1 (CO<sub>2</sub>-Gesetz, Änderungen Art. 29 und 34, Variante 1)  
☒ Variante 2 (CO<sub>2</sub>-Gesetz, Änderungen Art. 29 und 34, Variante 2)  
☐ Keine der beiden Varianten  
☐ Keine Stellungnahme

**Bemerkungen:**

Sofern eine Erhöhung der Fördersumme im genannten Umfang eingeführt wird, sollte dies über eine Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Abgabe geschehen. Dies hat gleichzeitig den Nebeneffekt, dass das Problem eher an der Wurzel gelöst wird und nicht über einen Umverteilungsmechanismus, da die kantonalen Gelder aus Steuern stammen. Gleichzeitig dürfte das System so in allen Kantonen weniger anfällig auf politische Strömungen sein.

8. Sind Sie damit einverstanden, dass Kosten für Gebäudeinvestitionen, die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen, über drei Jahre verteilt steuerlich abgezogen werden können, und dass ab 2025 Investitionen (vgl. erläuternder Bericht: 2.2.3), die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen nur dann steuerlich abzugsberechtigt sind, wenn das betroffene Gebäude einen bestimmten energetischen Mindeststandard aufweist?

*Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer, Art. 31a (neu), Art. 32 Abs. 2<sup>bis</sup> (neu), Art. 32 Abs. 2<sup>ter</sup> (neu), Art. 67a (neu) und Art. 205e (neu); Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden, Art. 9 Abs. 3<sup>bis</sup> bis Abs. 3<sup>quinqües</sup> (neu), Art. 10 Abs. 1<sup>ter</sup> (neu), Art. 25 Abs. 1<sup>ter</sup> und Art. 72q (neu) und 78f (neu)*

*Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude), 2.2.3 und 2.2.4*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

**Bemerkungen:**

Der steuerliche Abzug ist weiterhin nur für ein Jahr zu gewähren. Eine Abkehr vom Periodizitätsprinzip für dieses eine Thema ist nicht angezeigt. Der Vollzugsaufwand für eine solche Massnahme ist nicht zu unterschätzen, da es für Steuerbeamte schwierig sein dürfte, die geforderten energetischen Mindeststandards zu überprüfen. Die Förderung von grösseren Sanierungen sollte nicht mit Steuerpolitik betrieben werden.

**Mobilität**

9. Sind Sie mit der Verschärfung des CO<sub>2</sub>-Emissionszielwerts für die erstmals in Verkehr gesetzten Personenwagen auf durchschnittlich 95 g CO<sub>2</sub>/km bis Ende 2020 einverstanden?

*CO<sub>2</sub>-Gesetz, Änderung Art. 10*

*Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Mobilität) sowie 2.2.2*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

**Bemerkungen:**

Eine gemeinsame Entwicklung in diesem Bereich innerhalb Europas wird begrüsst. Das verschafft der einheimischen Zulieferindustrie auch den Anschluss an die europäische Automobilindustrie. Es ist zudem nicht einsichtig, warum in der Schweiz andere Flottenziele verfolgt werden sollen als in der EU.

10. Sind Sie mit der Einführung eines CO<sub>2</sub>-Emissionszielwerts für die erstmals in Verkehr gesetzten Lieferwagen und leichten Sattelschleppern und dessen Festlegung auf durchschnittlich 175 g CO<sub>2</sub>/km bis Ende 2017 und auf durchschnittlich 147 g CO<sub>2</sub>/km bis Ende 2020 einverstanden?

*CO<sub>2</sub>-Gesetz, Änderung Art. 10*

*Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Mobilität) sowie 2.2.2*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

**Bemerkungen:**

Zu beachten sind die Begrifflichkeiten für die Fahrzeugkategorien.

**Energieversorgungsunternehmen und Unternehmen der Energiewirtschaft**

11. Sind Sie damit einverstanden, dass Elektrizitätslieferanten Zielvorgaben zur stetigen Steigerung der Effizienz beim Elektrizitätsverbrauch erfüllen müssen (mittels Einführung von sogenannten weissen Zertifikaten)?

*EnG, Art. 43 bis 46, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Energieversorgungsunternehmen) sowie 2.1 (6. Kapitel 3. Abschnitt)*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Solche Vorgaben und deren Kontrolle sind aufwendig. Gleichzeitig muss beachtet werden, dass die Elektrizitätswirtschaft für Ausfälle andere Einnahmequellen braucht. Sie ist in unser marktwirtschaftliches System eingebunden und soll es auch bleiben.

12. Sind Sie damit einverstanden, dass der Bund Unternehmen der Energiewirtschaft aus Gründen der Transparenz und Information verpflichten kann, Daten zu veröffentlichen (insbesondere bezüglich Strom- und Wärmeverbrauch von Kundengruppen sowie bezüglich Angeboten und Massnahmen zur Förderung einheimischer und erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz)?

*EnG, Art. 62, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 2.1 (9. Kapitel)*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Gerade auch für die Steuerung von Fragen der Befreiung von den KEV-Zuschlägen sind solche Daten unerlässlich.

### **Industrie und Dienstleistungen**

13. Sind Sie mit der Ausweitung der wettbewerblichen Ausschreibungen auf Elektrizitätsproduktion und -verteilung einverstanden?

*EnG, Art. 33, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Industrie und Dienstleistungen) sowie 2.1 (4. Kapitel)*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

14. Sind Sie damit einverstanden, dass sich Endverbraucherinnen und Endverbraucher mit einem Elektrizitätsverbrauch von mehr als 0,5 GWh pro Jahr gegenüber dem Bund zur Steigerung der Stromeffizienz sowie zur Verminderung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses verpflichten können und damit den Netzzuschlag rückerstattet erhalten?

*EnG, Art. 38, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Industrie und Dienstleistungen) sowie 2.1 (5. Kapitel 1. Abschnitt)*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Der Kreis der Begünstigten darf aus Solidaritätsgründen nicht zu weit gefasst werden. Unter diesem Aspekt sollte die vorgeschlagene Grenze von 0.5 GWh überdacht wer-



den. Sie trifft auch auf Unternehmen zu, deren Erfolg nicht wesentlich vom Energieverbrauch abhängt, namentlich im Dienstleistungssektor. Der Zweck der Befreiung ist die Schaffung von gleich langen Spiessen gegen Konkurrenten aus dem Ausland, nicht der Anreiz zu einem Effizienzprogramm.

## Erneuerbare Energien

15. Sind Sie mit der Einführung einer gemeinsamen Planung von Bund und Kantonen sowie eines gesamtschweizerischen Ausbaupotenzialplans für den Ausbau der erneuerbaren Energien einverstanden?

*EnG, Art. 11 und 12, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

### Bemerkungen:

Vorbemerkung: Soweit das Raumplanungsrecht mit Blick auf die Energieversorgung angepasst werden muss, soll dies über das Raumplanungsgesetz geschehen und nicht über das Energiegesetz.

Ob ein gesamtschweizerischer Ausbaupotenzialplan mehr Erkenntnisse bringen kann als eine Zusammenstellung der kantonalen Richtpläne ist fraglich. Ein Ausbaupotenzialplan ist auch begrifflich ein Novum, und seine Stellung gegenüber Sachplänen des Bundes und der Richtplanung der Kantone müsste geklärt werden. Es sollte umgekehrt geklärt werden, welche Mindestanforderungen ein Richtplaninhalt umfassen muss (minimales energetisches Potenzial, minimale Anforderungen im Umgang mit Schutzaspekten). Zudem verfügen nicht alle Kantone im gleichen Mass über Potenziale und Landschaftskammern, um eine Abwägung betreffend Schutz und Nutzen auf Richtplanebene überhaupt sinnvoll machen zu können. Es geht dabei nicht um die Etablierung einer Verweigerungshaltung. Ob aber z.B. ein Windpotenzial von jährlich 5 GWh am Rande eines BLN-Gebietes von nationalem Interesse ist, muss sorgfältig geklärt werden.

16. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kantone verpflichtet werden, insbesondere für Wasser- und Windkraft geeignete Gebiete und Gewässerstrecken im Richtplan festzulegen und dazu einen Nutzungsplan vorzulegen?

*EnG, Art. 13, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

### Bemerkungen:

Ja, aber: Die Kantone haben nicht alle die gleichen Voraussetzungen für erneuerbare Energien. Die topografischen Verhältnisse, welche massgebend sind für die genannten Energieformen, sind nicht gleichförmig verteilt. Zudem kann eine solche Gebietsausscheidung vermutlich nur von statten gehen, wenn umgekehrt auch andern Wirtschaftsfaktoren aus eben dieser Topografie und auch Schutzaspekten genügend Rechnung getragen wird. Nicht alle Kantone haben aber genügend Geländekam-

mern, um auf ihren Gebieten diesen Ausgleich wahrzunehmen. Es muss daher auch akzeptabel sein, wenn im Rahmen einer Gebietsausscheidung nur ein kleiner Beitrag an den Zubau erneuerbarer Energie geleistet werden kann.

17. Sind Sie damit einverstanden, dass für neue Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien ab einer gewissen Grösse und Bedeutung ein nationales Interesses statuiert wird?

*EnG, Art. 14, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Das sollte nicht nur für neue Anlagen gelten, sondern auch für die Erweiterungen von bestehenden grossen Anlagen.

### **Anschlussbedingungen und Abnahme- und Vergütungspflicht**

18. Sind Sie mit der Einführung einer Eigenverbrauchs-Regelung, das heisst mit der Schaffung der gesetzlichen Möglichkeit für Anlagebetreiber selbst produzierte Energie selber zu verbrauchen, einverstanden?

*EnG, Art. 17 Absatz 2, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 1. Abschnitt)*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Während eine solche Lösung in einem System aus wenigen Produzenten und vielen Konsumenten von Vorteil ist und einen zusätzlichen Anreiz schaffen könnte, darf die daraus entstehende Entsolidarisierung im Netzbereich nicht unterschätzt werden. Es besteht die Gefahr, dass bei einem massiven Ausbau von privaten Anlagen wenige Konsumenten hohe Netzkosten tragen müssen.

### **Einspeisevergütungssystem**

19. Sind Sie mit dem Ausschluss von Kehrrechtverbrennungs- und Klärgasanlagen sowie Anlagen, die teilweise fossile Brenn- oder Treibstoffen nutzen, aus dem Kreis der teilnahmeberechtigten Anlagen einverstanden?

*EnG, Art. 18 Absatz 4, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt)*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

20. Sind Sie mit der Begrenzung der jährlich zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel zur Förderung von Photovoltaik-Anlagen einverstanden? Diese Kontingentierung soll als Ersatz für die heutige mehrstufige Regelung mit Gesamtdeckel und Teildeckel dienen.

*EnG, Art. 20, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt)*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

**Bemerkungen:**

Ein geordneter Zuwachs ist gerade auch mit Blick auf das Erfordernis von Speicherbedarf wichtig. Photovoltaikleistungen müssen zu 99% durch Backupleistungen gesichert werden, profitieren heute aber von hohem Goodwill in der Bevölkerung und einem gut ausgebauten Fördersystem. Das kann durch Leistungssysteme oder durch Speicher sichergestellt werden. Aber diese Kosten werden nicht durch die PV-Stromproduzenten selber getragen und erzeugen so im Hinblick auf die Versorgungssicherheit hohe Kosten für Netzbetreiber und Stromproduzenten.

21. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Vollzug des Einspeisevergütungssystems und der neuen Aufgaben (Einmalvergütung für kleine Photovoltaik-Anlagen, WKK-Vergütungssystem) eine separate Stelle in der Form einer Tochtergesellschaft bei der nationalen Netzgesellschaft geschaffen wird?

*EnG, Art. 65 und 66, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 2.1 (10. Kapitel)*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

**Bemerkungen:**

Diese Aufgabe sollte eine unabhängige Stelle wahrnehmen. Swissgrid kann zu 49.9% Privaten gehören, weshalb das Einräumen einer Verfügungsgewalt rechtlich fragwürdig ist. Die Aufgabe sollte das BFE oder die EICom wahrnehmen.

### **Einmaliger Beitrag für kleine Photovoltaik-Anlagen**

22. Sind Sie damit einverstanden, dass Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW ausserhalb des Modells der Einspeisevergütung gefördert werden?

*EnG, Art. 28-30, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 3. Abschnitt)*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

**Bemerkungen:**

Der Ertrag rechtfertigt kein kompliziertes System.

23. Sind Sie damit einverstanden, dass Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW mit einem einmaligen Beitrag (Einmalvergütung) anstelle der Einspeisevergütung gefördert werden? Oder bevorzugen Sie – als Alternative zur Einmalvergütung – das Net Metering für die künftige Förderung der kleinen Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW?

*EnG, Art. 28-30, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 3. Abschnitt)*

- ☒ Einmalvergütung  
☐ Net Metering  
☐ Keine der erwähnten Optionen

**Bemerkungen:**

Net Metering wird in der Frage der Netzkosten gerade bei kleinen Anlagen zu einer Entsolidarisierung unter den Netzbenutzern führen.

24. Sind Sie mit damit einverstanden, dass die kleinen Photovoltaik-Anlagen unter 10 kW auf der Warteliste (ohne positiven Bescheid) vom Einspeisevergütungssystem ausgenommen und mittels Einmalvergütung gefördert werden?

*EnG, Art 71, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt sowie 12. Kapitel)*

- ☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

**Bemerkungen:**

Der Ertrag rechtfertigt kein kompliziertes System. Dies gilt auch für Anlagen, welche bereits auf der Warteliste sind.

### Netzzuschlag

25. Sind Sie mit der Entfernung des Gesamtdeckels sowie der Teildeckel für die Finanzierung der Vergütungen einverstanden?

*EnG, Art 36, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (5. Kapitel)*

- ☐ Ja   ☒ Nein   ☐ keine Stellungnahme

**Bemerkungen:**

In der vorgelegten Form kann der Vorschlag nicht unterstützt werden. Der Entscheid sollte auf Gesetzesebene gefällt werden. Eine Deckelung ist aber weiterhin wichtig. Die Wartelisten, wie sie heute schon entstehen, sind letztlich eine Reaktion des Markts. Wartelisten sind vielfach ein Zeichen für eine zu hohe wirtschaftliche Attraktivität. Die Höhe der KEV in den verschiedenen Bereichen sollte daher überdacht werden, und gleichzeitig sollte auch überlegt werden, ob nicht innerhalb der verschiedenen Technologien ein Wettbewerb mit dem Ziel einer möglichst hohen Effizienz je eingesetzte Mittel eingeführt werden muss.

### Fossile Kraftwerke

26. Sind Sie mit der Einführung eines WKK-Vergütungssystems einverstanden?

*EnG, Art 31 ff., Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.1 (3. Kapitel, 4. Abschnitt)*

- ☐ Ja   ☒ Nein   ☐ keine Stellungnahme

**Bemerkungen:**

Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb einerseits mit hohem Einsatz versucht wird, den CO<sub>2</sub>-Ausstoss von Gebäuden zu senken, und andererseits gleichzeitig fossil betriebene WKK-Anlagen mit grossem Aufwand gefördert werden sollen. Stromgeführte WKK-Anlagen haben einen tieferen Wirkungsgrad als grössere Kombi-Anlagen, und es macht wenig Sinn, in einem wettbewerblich wenig attraktiven Umfeld diesen Anlagen noch zusätzlich einen subventionierten Wettbewerbsgegner entgegen zu stellen.

27. Sind Sie mit dem Förderbereich des Vergütungssystems für WKK einverstanden (Anlagen mit einer Feuerungswärmeleistung von 0,35 MW bis und mit 20 MW)?

*EnG, Art.31 Abs. 1, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.1 (3. Kapitel, 4. Abschnitt)*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

**Bemerkungen:**

28. Sind Sie mit der Einführung einer Verpflichtung zur Kompensation sämtlicher verursachter Emissionen, unter gleichzeitiger Befreiung von der CO<sub>2</sub>-Abgabe, für Anlagen, die am WKK-Vergütungssystem teilnehmen, einverstanden?

*CO<sub>2</sub>-Gesetz, Art. 22 Abs. 4bis (neu)*

*Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.2.2*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

**Bemerkungen:**

Konsequenz aus Nein zu Frage 27.

29. Welchen alternativen Fördermöglichkeiten für die Wärme-Kraft-Kopplung schlagen Sie vor?

*keine*

**Bemerkungen:****Netze**

30. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Regelungen zur Verfahrensbeschleunigung auf dem Gebiet des Elektrizitätsrechts einverstanden? Dazu gehört insbesondere, dass der Zugang ans Bundesgericht auf Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung eingeschränkt wird.

*Bundesgerichtsgesetz, Art. 83 Bst. w (neu)*

*Erläuternder Bericht: 1.3.4 sowie 2.2.1*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

**Bemerkungen:**

31. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Regelungen zur Einführung und Kostentragung von intelligenten Messsystemen einverstanden?

Dies betrifft insbesondere die Delegationsnormen zur Einführung und zur Festlegung von Mindestanforderungen sowie die Möglichkeit für die Netzbetreiber, die Kosten der Einführung gesetzlich vorgeschriebener intelligenter Messsysteme als anrechenbare Netzkosten auf die Endkundinnen und -kunden zu überwälzen

*Stromversorgungsgesetz, Art. 15 Abs.1 und 1bis (neu) sowie Art. 17a (neu)*

*Erläuternder Bericht: 1.3.4 sowie 2.2.8*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wenn man diese Systeme aus Gründen der Energieverteilung und eines hochdynamischen Preissystems für notwendig hält, dann sollte man das so machen. Aus Energiespargründen wird das für den einzelnen Kunden nie rentieren.